

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

- a) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Joachim Pfeiffer, Andreas G. Lämmel, Thomas Bareiß, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Martin Lindner (Berlin), Claudia Bögel, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 17/9938 –

Neue Herausforderungen der regionalen Wirtschaftsstruktur meistern – GRW fortführen und EU-Kohäsionspolitik zukunftsorientiert gestalten

- b) zu dem Antrag der Abgeordneten Doris Barnett, Andrea Wicklein, Manfred Nink, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 17/5185 –

Stärkung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ – Finanzierung langfristig sichern

A. Problem

Zu Buchstabe a

Fortführung der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) auf dem bestehenden hohen Niveau, Sicherstellung der paritätischen Co-Finanzierung durch Landesmittel, Konzentration auf nachhaltiges Wirtschaftswachstum zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit.

Zu Buchstabe b

Festhalten am verfassungsrechtlichen Ziel der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse, Fortführung der GRW als Instrument der gezielten Förderung strukturschwacher Regionen, Einbeziehung der durch die Refinanzierungskrise besonders betroffenen europäischen Länder in eine Förderstrategie.

B. Lösung

Zu Buchstabe a

Annahme des Antrags auf Drucksache 17/9938 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Zu Buchstabe b

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/5185 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei einer Stimmenthaltung aus der Fraktion der CDU/CSU.

C. Alternativen

Zu den Buchstaben a und b

Keine.

D. Kosten

Zu den Buchstaben a und b

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 17/9938 anzunehmen;
- b) den Antrag auf Drucksache 17/5185 abzulehnen.

Berlin, den 26. September 2012

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Ernst Hinsken
Vorsitzender

Dr. Tobias Lindner
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Dr. Tobias Lindner

I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Antrag auf **Drucksache 17/9938** wurde in der 184. Sitzung des Deutschen Bundestages am 14. Juni 2012 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie an den Innenausschuss, den Rechtsausschuss, den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, den Ausschuss für Tourismus und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

Zu Buchstabe b

Der Antrag auf **Drucksache 17/5185** wurde in der 99. Sitzung des Deutschen Bundestages am 24. März 2011 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie an den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Buchstabe a

Die Fraktionen der CDU/CSU und FDP würdigen in ihrem Antrag die aus ihrer Sicht erfolgreiche Bilanz der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW). Zwischen den Jahren 2008 und 2010, während derer der heftigste Einbruch der Konjunktur in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland zu verzeichnen gewesen sei, hätten 5,8 Mrd. Euro an GRW-Mitteln von Bund und Ländern sowie des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung zu 25,1 Mrd. Euro Investitionen von Unternehmen geführt. In der gewerblichen Wirtschaft seien über 74 000 neue Dauerarbeitsplätze geschaffen und circa 301 000 Dauerarbeitsplätze erhalten worden. Die hohen Mittelabflüsse von über 90 Prozent belegten das große Interesse der Bundesländer und der Unternehmen vor Ort.

Die antragstellenden Fraktionen der CDU/CSU und FDP fordern die Bundesregierung unter anderem auf, im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel die Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe auf dem bestehenden hohen Niveau fortzuführen und finanziell so auszustatten, dass sie strukturell wirksam bleibe. Weiterhin solle bei der Haushaltsplanung für das Jahr 2013 die Rolle der GRW bezüglich der Konversion ehemaliger Bundeswehrliegenschaften entsprechend gewürdigt werden. Ferner solle die Bundesregierung gegenüber den Regierungen der Bundesländer auf der Sicherstellung der paritätischen Co-Finanzierung durch Landesmittel bestehen. Die Länder sollten darin bestärkt werden, die bestehenden Möglichkeiten der Breitbandförderung

im Rahmen der GRW über technologie neutrale sowie wirtschaftliche Lösungen für Anschlüsse im Gewerbebereich zu nutzen.

Darüber hinaus wird die Bundesregierung aufgefordert, sich in den Verhandlungen zur Weiterentwicklung der Leitlinien der Regionalpolitik der Europäischen Union unter anderem für die Verlängerung der Übergangsperiode für Ex-A-Gebiete sowie die Begrenzung des Fördergefälles zu Höchstfördergebieten auf 15 Prozentpunkte einzusetzen.

Ferner solle sich die Bundesregierung in den weiteren Verhandlungen des Legislativpaketes für die Kohäsionspolitik unter anderem für eine Konzentration auf nachhaltiges Wirtschaftswachstum einsetzen, das die Wettbewerbsfähigkeit sichere. Dabei solle dem differenzierten Förderbedarf der einzelnen Regionen hinreichend Spielraum gegeben werden.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksache 17/9938 verwiesen.

Zu Buchstabe b

Die Fraktion der SPD hebt in ihrem Antrag die aus ihrer Sicht positiven Auswirkungen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) für die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland hervor. Das Instrument habe in strukturschwachen Regionen maßgeblich mit dazu beigetragen, Wirtschaftswachstum zu generieren und durch gezielte Investitionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Die Bedeutung der Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur wachse insbesondere durch das Auslaufen der Investitionszulage bis zum Jahr 2013. Die GRW stelle dann das einzige Instrument des Bundes für die regionale Wirtschaftsförderung dar.

Erforderlich sei eine gemeinsame Förderpolitik für Wirtschaftswachstum in Krisenländern der Europäischen Union. Eine solche gemeinsame Wirtschaftspolitik müsse ebenso europäisch begriffen werden wie die gemeinsame Währung. Der Wirtschafts- und Währungsraum müsse zu einem Wachstumsraum werden, der Wohlstand für alle schaffe und soziale Sicherheit und Gerechtigkeit organisiere und sichere. Die bisherigen Ansätze der Regional- und Strukturfonds seien für eine solche Strategie nicht ausreichend. Erforderlich seien ergänzende Mechanismen, die auf einen sinnvollen und nachhaltigen Ausgleich der Ungleichgewichte gerichtet seien.

Die antragstellende Fraktion der SPD fordert die Bundesregierung unter anderem auf, am verfassungsrechtlichen Ziel der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse festzuhalten und das GRW-Konzept als Instrument der gezielten Regionalförderung für strukturschwache Regionen in ganz Deutschland fortzuführen. Die GRW müsse wegen des Auslaufens der Investitionszulage in den neuen Bundesländern und der zu erwartenden Kürzung des Mittelflusses beim Europäischen Strukturfonds angemessen mit Finanzmitteln ausgestattet werden. Auf europäischer Ebene müssten die bisherigen Ansätze der Regional- und Strukturfonds so verändert werden, dass durch die Refinanzierungskrise besonders betroffene europäische Länder kurzfristig in eine wirt-

schaftliche Förderstrategie einbezogen würden und zusätzliche Mittel zur Wirtschaftsförderung erhielten.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksache 17/5185 verwiesen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Innenausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/9938 in seiner 78. Sitzung am 27. Juni 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD dessen Annahme.

Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/9938 in seiner 89. Sitzung am 27. Juni 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD dessen Annahme.

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/9938 in seiner 93. Sitzung am 27. Juni 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD dessen Annahme.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/9938 in seiner 94. Sitzung am 27. Juni 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD dessen Annahme.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat den Antrag auf Drucksache 17/9938 in seiner 74. Sitzung am 27. Juni 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD dessen Annahme.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 17/9938 in seiner 107. Sitzung am 27. Juni 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD dessen Annahme.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 17/9938 in seiner 77. Sitzung am 27. Juni 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD dessen Annahme.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag auf Drucksache 17/9938 in seiner 77. Sitzung am 27. Juni 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD dessen Annahme.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag auf Drucksache 17/9938 in seiner 80. Sitzung am 27. Juni 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD dessen Annahme.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag auf Drucksache 17/9938 in seiner 60. Sitzung am 27. Juni 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD dessen Annahme.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 17/9938 in seiner 69. Sitzung am 27. Juni 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD dessen Annahme.

Zu Buchstabe b

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/5185 in seiner 93. Sitzung am 27. Juni 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/5185 in seiner 66. Sitzung am 19. Oktober 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 17/5185 in seiner 107. Sitzung am 27. Juni 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 17/5185 in seiner 77. Sitzung am 27. Juni 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 17/5185 in seiner 69. Sitzung am 27. Juni 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hat die Anträge auf den Drucksachen 17/9938 und 17/5185 in seiner 77. Sitzung am 26. September 2012 abschließend beraten.

Die **Fraktion der SPD** machte darauf aufmerksam, dass ihr Antrag bereits seit fünfzehn Monaten vorliege, bis sich jetzt die Koalition zu einem eigenen Antrag durchgerungen habe. Die Fraktion der SPD habe sich stets für eine Beibehaltung der Regionalförderung auf hohem Niveau ausgesprochen. Die Koalition habe zunächst im Finanzplan für 2013 die Mittel um 60 Mio. Euro gekürzt und habe jetzt die Mittel wieder um 33 Mio. Euro erhöht. Damit bleibe es immer noch bei einer Kürzung der Mittel um 27 Mio. Euro.

Die **Fraktionen der CDU/CSU und FDP** betonten, dass es zwischen beiden Anträgen durchaus inhaltliche Unterschiede gebe. Zum einen stelle die Fraktion der SPD in ihrem Antrag Forderungen auf, die längst schon von der Bundesregierung umgesetzt seien. Zum anderen sei der Antrag der Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und FDP weitergehend und aktueller, weil er auf die in Brüssel gegenwärtig verhandelten Aspekte eingehe. Der Antrag zeige, dass sich die Koalition für die Erhaltung der C-Gebiete einsetze. Die gravierendste Absenkung der GRW-Fördermittel um etwa die Hälfte sei in den Zeiten der rot-grünen Koalition erfolgt.

Die **Fraktion DIE LINKE.** beanstandete die von den Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und FDP geforderte Förderung von Großunternehmen. Angesichts der ohnehin für diese Förderung zur Verfügung stehenden bescheidenen Mittel stelle eine Kürzung um 27 Mio. Euro doch eine ganz erhebliche Verschlechterung dar. Auch die Ausrichtung an der

2020-Strategie, d. h. die damit einhergehende weitere Neo-Liberalisierung sei nicht sinnvoll. Bei den Förderkriterien sollte auf EU-Ebene darauf hingewirkt werden, dass auch der demographische Wandel als Förderkriterium eingeführt wird.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erläuterte, für sie sei neben der Frage der Höhe der Fördermittel vor allem die bessere Planungssicherheit und Verlässlichkeit von großer Bedeutung. Es sei für die Regionen ein problematisches Signal, wenn alljährlich erst in den Haushaltsverhandlungen in den Planungen vorgesehene Kürzungen teilweise wieder korrigiert würden.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag die Annahme des Antrags auf Drucksache 17/9938 zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei einer Stimmenthaltung aus der Fraktion der CDU/CSU, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/5185 zu empfehlen.

Berlin, den 26. September 2012

Dr. Tobias Lindner
Berichtersteller

